



Adressaufkleber

November 2020

Erlangen

Klimakrise nicht gegen Coronakrise ausspielen. Für sozialökologische Transformation!

Finanzkrise. Eurokrise. scheinbare Flüchtlingskrise. Viele Krisen haben wir allein in den letzten 12 Jahren erlebt. Die seit spätestens den 80er Jahren schwelende Klimakrise rückte 2018 endlich (wieder) breiten Teilen der Gesellschaft ins Bewusstsein. Aktuelle Klimastudien legen nahe, dass die in früheren Studien skizzierten Worst-Case-Szenarien noch viel zu optimistisch waren und noch stärkerer Handlungsbedarf besteht als bisher angenommen.

Es hat nun aber den Anschein, dass die COVID-19-Pandemie, die folgenreichste Pandemie seit der Spanischen Grippe, dafür sorgt, dass Klimathemen wieder Mal stärker in den Hintergrund geraten. Nicht wenige Klimabewegte äußern die Befürchtung, dass die Coronakrise gegen die Klimakrise ausgespielt werden könnte. Denn in der Pandemie hätte die Politik alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das Ausbreiten der Pandemie zu stoppen, wohingegen in Sachen Erreich-

barkeit der Pariser Klimakrise die Politik tatenlos bleibe.

Pfleger:innen, Verkäufer:innen, Reinigungskräfte, junge Familien mit kleinen Kindern, die auf beengten Raum die Ausgangsbeschränkungen durchstehen mussten und Sozialleistungsbezieher: innen würden sicherlich zu einer anderen Bewertung der Coronakrisenpolitik kommen. Davon abgesehen ist es aber nicht von der Hand zu weisen, dass ein rasant ansteckendes Virus eine vorrangige Akutheit hat.

Wenn Teile der Klimabewegung aus ihrer Analyse schlussfolgern, dass Klimaund Coronakrise nichts miteinander zu tun hätten, beginge sie einen kardinalen Fehler. Denn so wenig die Klimakrise eine Krise des Klimas ist, so wenig ist die Coronakrise eine Krise des Coronaviruses. Bei beiden handelt es sich (sogar offensichtlicher als bei der Finanz- und Eurokrise) um Gesellschaftskrisen.

All diese Krisen werden in der öffent-

Von Sophia Waldmann Juso-Vorsitzende und Munib Agha sty. Fraktionsvorsitzender

lichen Debatte selten als solche thematisiert. Das ist kein Wunder. Denn es scheint Konsens zu sein, dass die Art und Weise wie unsere Gesellschaft funktioniert und erst recht unsere Art und Weise des Wirtschaftens naturgegeben sei. Doch gerade die Bedingungen der Coronakrise decken auf, dass dem nicht so ist. Zu wenig und zu schlecht bezahlte Pflegekräfte, schlechte Arbeitsbedingungen der Verkäufer:innen, zu wenige Lehrer:innen und zu viele marode Schulen mit zu kleinen Klassenzimmern. Personalmangel in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und Gesundheitsämter, die immer noch aufs Telefax setzen müssen. Lieferengpässe auf-

Fortsetzung auf Seite 3

Termine

10.11.		Jusos: Sitzung	AWO	S. 20
10.11.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S.18
11.11.	15:00	AG 60Plus	Thalermühle	S. 19
18.11.	19:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktsversammlung	Schützenhaus	S.17
19.11.	20:00	Kreismitgliederversammlung	ATSV	S.3
24.11.		Jusos: Sitzung	AWO	S.20
24.11.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Lesecafé am Altstadtmarkt	S.17
25.11.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S.18

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt Vorsitzender: Dieter Rosner Mitarbeiter: Christian Wonnerth Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Telefon: 09131-8126522 Fax: 09131-8126513

E-Mail: buero@spd-erlangen.de Internet: www.spd-erlangen.de Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag 12:00 bis 16:00 Uhr

Dienstag bis

Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen Vorsitzende: Barbara Pfister

Geschäftsführerin: Nina Riebold Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Telefon: 09131-86-2225 Fax: 09131-86-218 1

E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber

SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Munib Agha, Monika Fath-Kelling, Wolfgang Niclas, Barbara Pfister, Rolf Schowalter, Mark Schuster, Sophia Waldmann

Druck: Gutenberg Druck und Medien,

Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

grund zu langer Lieferketten. Mütter, die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse stärker denn je dazu gezwungen werden einen größeren Anteil als sonst an der unbezahlten Haus-, Erziehungs-, und Pflegearbeit zu übernehmen. Diese Zustände resultieren nicht aus Naturgesetzen, sondern aus dem Handeln von Politik und Gesellschaft, die der kapitalistischen Produktionsweise einen höheren Stellenwert zumisst. So erklärt es sich auch, dass Fabriken offen bleiben, die industrielle Fleischproduktion nicht angehalten wird, rumänische und bulgarische Erntehelfer:innen für deutschen Spargel eingeflogen werden, aber bis heute kein Konzept vorliegt, wie Kitas und Schulen ansteckungsfrei betrieben werden können.

Nicht anders verhält es sich bei der Klimakrise. Eine Transformation (geschweige denn eine Konversion) der Automobilindustrie wird so weit wie möglich verzögert. Internationale Handelsabkommen, die nachweislich zu Lasten der natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer gehen, werden als alternativlos dargestellt. Nur ein Kohleausstieg im Jahr 2038 sei sozial verträglich möglich. Jedes ambitioniertere Szenario würde betroffene Regionen unausweichlich in Strukturkrisen und in noch höhere Arbeitslosigkeit stürzen. Diese Annahmen geschehen nicht willkürlich. Sie resultieren aus der Annahme, dass unsere Produktionsweise naturgegeben sei. Dabei ist diese genauso wie unsere Gesellschaft durch Menschen Hand geformt. Das Bewusstsein für diesen Tatsache ist kaum mehr vorhanden und wird dementsprechend gar nicht diskutiert.

Wir wollen versuchen dieses Bewusstsein wieder in den Vordergrund zu bringen und sehen die Debatte über die sozialökologische Transformation dafür als zentral an. Im Mai erarbeiteten die Jusos Erlangen im Sinne einer sozialökologischen Transformation einen Gegenvorschlag zum Konjunkturpaket der Bundesregierung. Im Oktobermonatsspiegel stellten wir diese vor. Nachlesen kann man sie unter https://www.jusoserlangen.de/beschlusse/thesenpapiernew-green-deal/.

Doch solch ein Konjunkturpaket kann bestenfalls nur der erste Schritt sein. Viele allgemeinere und konkretere Fragen müssen erörtert und beantwortet werden, um grundlegende Konzepte im Sinne einer sozialökologischen Transformation formulieren zu können. In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wie sieht für uns eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft aus? Was für Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit alle Menschen weitestgehend einen gleichberechtigten Zugang zu den für ein erfülltes Leben notwendigen materiellen und sozialen Ressourcen zu erhalten? Was gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge und sollten Regeln des Marktes in diesen Bereichen überhaupt eine Rolle spielen? Welche Rahmenbedingungen müssen wir schaffen, damit unbezahl-

te Care-Arbeit gerecht auf Männer und Frauen aufgeteilt werden? Welche Positionierung nehmen wir Sozialdemokrat: innen in der Wachstumsdebatte ein? Diese und viele andere Fragen wollen wir nicht allein mit den Jusos, sondern mit der Partei diskutieren. Wir gründen deswegen im Januar den SPD-Arbeitskreis Sozialökologische Transformation, der die Plattform für diese Debatten sein soll. Im kommenden Monatsspiegel werden wir euch den Termin ankündigen, der Stand heute wohl digital stattfinden muss.

José Luis Ortega Lleras zum 65. Geburtstag

■ Von Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende



Lieber José, am 22.10. konntest du deinen 65. Geburtstag feiern. Dazu gratulieren Dir Dein SPD-Kreisverband und Deine Fraktion nachträglich sehr herzlich. Wir wünschen dir alles Gute, Glück, Gesundheit und Erfolg – und dass Du Dir stets Deinen Mut und Deine Kraft im Kampf gegen Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Intoleranz bewahren mögest.

Du bist in Kolumbien geboren und aufgewachsen, hast aber schon vor langer Zeit Dein Land verlassen. Deine persönliche Erfahrung, in ein fremdes Land zu kommen, Dir seine Sprache, Geschichte und Kultur anzueignen, ermöglichen es Dir bis heute, Dich in andere Menschen mit Migrationsgeschichte besonders gut einzufühlen. Als Vorsitzender des Ausländerbeirats (1998 bis 2002 und 2008 bis 2012) und danach hast Du Dir das Vertrauen der Erlanger Migrant*innen erworben und Dich für ihre Interessen und Sichtweisen, für die offene Begegnung eingesetzt und unzählige Male

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 19. November 2020, 20:00 Uhr ATSV, Paul-Gossen-Straße 58

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

- 1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
- 2. Die sozialökologische Transformation
- 3. Anträge
- 4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
- 5. Verschiedenes

Dieter Rosner Philipp Dees Sandra Radue

auch, ohne viel Aufhebens davon zu machen, Einzelnen in schwierigen Situationen mit Rat und konkreter Hilfe beigestanden. Mit Dir zusammen in der Stadt unterwegs zu sein, Veranstaltungen oder Organisationen der Migrant*innen zu besuchen, ist immer wieder ein Erlebnis. Nicht nur in der großen Gruppe der Lateinamerikaner*innen ist deine Bekanntheit legendär - Du verfügst über eine ungeheuer große Zahl persönlicher Kontakte zu den verschiedensten Menschen, viele davon freundschaftlicher Art. Deine Freude an und Fähigkeit zur Kommunikation beeindrucken uns immer wieder. Du verstehst es, Deine Meinung unmissverständlich zu äußern und dabei Deinen Gesprächspartner*innen stets mit Respekt und Wertschätzung zu begegnen. Sie danken Dir dies nicht zuletzt mit hervorragenden Ergebnissen bei der Kommunalwahl.

In der Fraktion stehst du in besonderer Weise für Kompetenz im Bereich Interkulturalität, Willkommenskultur und Integration – die Du zu Recht immer als gemeinsame Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft gesehen hast. In Beratungen des Stadtrats ist es oft Deine Stimme, die uns daran erinnert, bei ganz unterschiedlichen Themen der Kommunalpolitik und des Verwaltungshandelns die interkulturelle Dimension mitzudenken.

Auch bei zwei weiteren Schwerpunkten bist Du ein unverzichtbarer Vertreter von Partei und Stadtratsfraktion in der Öffentlichkeit. Als Christ förderst Du den interreligiösen Dialog und bist stets präsent, wenn es darum geht, Diskriminierung und Intoleranz, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus zu bekämpfen. Du kannst sehr stolz sein auf Deine zahlreichen Freund*innen in den muslimischen Gemeinden und der Jüdischen Gemeinde, die Dich bei Anfeindungen verlässlich an ihrer Seite wissen und darauf vertrauen, dass Du sie bei ihren Anliegen berätst und unterstützt. Dem Erstarken des Rechtsextremismus, den sprachlichen und politischen Grenzverschiebungen, durch die Menschenfeindlichkeit salonfähig gemacht werden sollen, stellst Du Dich immer wieder entschieden entgegen. Von Deinem Engagement in diesen Fragen lässt Du Dich auch dann niemals abhalten, wenn Du persönlich angegriffen wirst. Deine klare, mutige und solidarische Haltung, die Du besonders auch mit Deinem Freund Wolfgang Vogel geteilt hast, sind uns ein Vorbild.

Es würde Dir jedoch nicht gerecht, andere Schwerpunkte und Themenfelder Deines politischen Engagements nicht auch zu würdigen. Als Sozialdemokrat, Gewerkschafter und Betriebsratsmitglied liegen Dir soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung, Arbeitnehmerrechte und Beteiligung, gute Bildung für Alle, Gleichstellung, Inklusion und alle Dimensionen von Diversity/Vielfalt ebenso am Herzen. Mit tiefer Überzeugung vertrittst du unsere Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung in der Einen Welt, was ganz konkret z. B. in

Deinem Engagement für unsere nicaraguanische Partnerstadt San Carlos zum Ausdruck kommt.

Lieber José, für all Deinen Einsatz, Deine Geduld mit Deiner SPD, die nicht immer in vollem Maße für Deine Themen die nötige Sensibilität aufbringt, Deinen Humor, Deine Herzlichkeit und Deine Freundschaft danke ich Dir im Namen Deines SPD-Kreisverbands und Deiner Fraktion von Herzen.

¡Feliz Cumpleaños – y que cumplas muchos más!

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im November Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 02.11. Angelika Veelken 65 Jahre
- 03.11. Friedrich Drechsler 76 Jahre
- 03.11. GerhardCarl 72 Jahre
- 03.11. Hans Jürgen Schäfer 75 Jahre
- 03.11. Ruth Sych 87 Jahre
- 04.11. Franz Höfer 70 Jahre
- 04.11. Herbert Hummich 83 Jahre
- 04.11. Marianne Vittinghoff 77 Jahre
- 08.11. Rosemarie Pfister 87 Jahre
- 09.11. Günter Hellriegel 79 Jahre
- 10.11. Margit Holdschick 81 Jahre
- 11.11. Anne Reeh 73 Jahre
- 13.11. Wolfgang Peter 70 Jahre
- 19.11. Anton Neubauer 81 Jahre



- 20.11. Klaus Speicher 73 Jahre
- 22.11. Lutz Reyher 93 Jahre
- 23.11. Axel Graemer 70 Jahre
- 25.11. Dagmar Paliwal 78 Jahre
- 27.11. Friedrich Schrenk 79 Jahre
- 28.11. Barbara Thaler 72 Jahre
- 28.11. Erich-Herbert Mondon 81 Jahre
- 29.11. Herdith-Grete Coerlin 70 Jahre

30 Jahre Wiedervereinigung und 33 Jahre Städtepartnerschaft. Freiheit und Einheit Freundschaft und Nähe trotz coronabedingtem Abstand.

Von Rolf Schowalter



33 Jahre existiert die Städtepartnerschaft zwischen Erlangen und Jena, 30 Jahre besteht die neue Bundesrepublik, das wiedervereinigte Deutschland, ein Grund, auch und besonders in Corona-Zeiten dieses Jubiläum gemeinsam in

Jena zu feiern. Statt 5 oder 6 Busse fuhren also vom Erlanger Großparkplatz nur 2 am Samstagmorgen in Richtung Jena. Eini-



ge sportlich Ambitionierte waren zuvor schon mit dem Fahrrad gestartet, darunter der neue Bürgermeister Jörg Volleth (zumindest für die letzten Etappen) und die langjährige Stadträtin Felizitas Traub-Eichhorn. Das Volkshaus in Jena war für den Festakt vorbereitet, aber statt 700 Personen konnten nur ca. 150 zugelassen werden. Alle trugen die neu kreierte Maske mit dem Logo der Städtefreundschaft, blütenweiß mit deutschlandfarbigem Herzen und den Städtenamen, die Maske durfte dann am Sitzplatz aber abgenommen werden.

Erstmals konnte in Jena der im Mai 2019 neu gewählte Oberbürgermeister Dr. Thomas Nitzsche die Gäste aus der Partnerstadt begrüßen, er gab dann das Wort an Dr. Florian Janik weiter, der in seiner Begrüßungsrede auf das trotz der vielen Probleme seit der Wiedervereinigung Erreichte hinwies, auf das man gemeinsam stolz sein könne. Und die gewachsene Freundschaft zwischen Jena und Erlangen erlaube Nähe im virusbedingten Abstand. Musikalisch wurde die Feier von der Musikschule Jena sowie dem Vivamente Quartett der Je-

naer Philharmonie umrahmt, wobei die hohe Qualität der Musikdarbietungen schon bei den Kleinsten erkennbar war. Von Erlanger Seite steuerten zwei Dozenten der Erlanger Musikschule, Katja Heinrich-Schwind (Saxophon) und Jens Magdeburg (Klavier) eigene hochwertige Kompositionen bei. Mit Spanung warteten die Festgäste auf die Rede von Wolfgang Kubicki, Vizepräsident des deutschen Bundestags. Er stellte das Thema "Freiheit" in den Mittelpunkt

seines Festvortrags, passend zu dem, was die Bürger/innen der damaligen DDR mit ihrem gewaltlosen friedlichen Kampf, bei dem sie voll ins Risiko gegangen waren, erreicht hatten. Er scheute sich auch nicht, die Bedeutung der Meinungsfreiheit besonders in der Corona-Zeit her-

vorzuheben und er wies auf die vielfältige Gefährdung diese wertvollen Freiheitsrechtes hin. Bevor er zur Rede ansetzen konnte, wurde er bereits lautstark von der Empore aus unterbrochen von jugendlichen Demonstranten der

Seebrücke Jena, die I Banner entrollten und Deutschland die Regieund aufforrungen derten, den Flüchtlingen von Moria eine neue Heimat zu bieten. Einer der Zuhörer war über diese Störung so erbost, dass er seinem Unmut lautstark Ausdruck verlieh, im übrigen sei er hier, um Kubicki zu hören. Ob er Kubickis Rede

in ihrer Aussage erfasst hat, muss offen bleiben. Kubicki selbst hat auf diese "Störung" souverän reagiert. Passte ja auch perfekt zu seinem Thema.

Für den Nachmittag waren verschie-

dene Stadtrundgänge angesetzt sowie eine Podiumsdiskussion zum Jenaer Judentum. Es konnten in dieser Zeit aber auch persönliche Freundschaften und Bekanntschaften gepflegt werden.

Eine ökumenische Andacht in der Stadtkirche leitete zum letzten Veranstaltungsteil über. Von Erlanger Seite war Dekan Dr. Pflaum vertreten, der die Predigt hielt über die Heilung der Tochter der syro-phönizischen Frau (Mk. 7, 24 - 30). Er empfahl, ausgehend von dieser Geschichte, eine Neujustierung der Gesprächskultur, die genaues Zuhören auch bei großen Meinungsunterschieden erforderlich macht statt aggressives Kontern. Eine Empfehlung, die schon bei den mittelalterlichen Disputationes angewendet worden sei, wo vor der eigenen Rede die Aussage des Gegners habe zusammengefasst werden müssen. Eine zum Nachdenken veranlassende Stellungnahme von Dr. Pflaum zum Thema Meinungsfreiheit.

Das traditionelle gemeinsame Singen auf der Treppe der Stadtkirche musste corona-bedingt ausfallen, sogar in der Kirche selbst war Singen nur mit Mundschutz erlaubt. Das war ziemlich ungewohnt.

> Den Abschluss der perfekt von den Bürgermeisterämtern der beiden Städte organisierten Feierlichkeiten bildete das Konzert wiederum im Volkshaus: "Jenaer Philharmonie trifft Sarah Buechi", ein cross-over-Projekt des klassischen Orchesters mit einer Jazz-Band: 5 "Contradictiones of Happiness". Die wunderbar tragende und modulierenden Stimme der Jazz-Sängerin

durch die interessanten Arrangements. Ein echtes Highlight.

Eine sehr gelungene Feier zum Tag der Deutschen Einheit und zur Städtepartnerschaft Erlangen - Jena. Großen Dank an die Organisatoren (von Erlanger Seite Doris Hinderer und Peter Steger). Am Rande der Veranstaltungen blieb auch noch Zeit, persönliche Freundschaften zu pflegen, die in der Vergangenheit aufgebaut worden waren, so auch diejenige zwischen Volker Blumentritt, Ortsteilbürgermeister von

Lobeda, dem 24 000 Einwohner zählenden wichtigsten Vorort von Jena mit Krankenhaus, vielen Gewerbebetrieben, Wohnungsbaugesellschaften und hervorragender Infrastruktur, und Rolf Schowalter, Ortsbeiratsvorsitzender von Tennenlohe (4 500 Einwohner, 5 500 Arbeitsplätze im Gewerbegebiet).

Aktuelles aus dem Rathaus Meldungen aus der Stadtratsfraktion

Gut Leben auch mit niedrigem Einkommen. Unsere Stadt für Alle hat viel zu bieten!

Mit dem ErlangenPass, der auf Antrag der SPD eingeführt wurde, wird bereits heute mehr als 5000 Menschen die soziale Teilhabe in Erlangen erleichtert. Viele Sozialverbände und städtische Einrichtungen bieten aber auch Leistungen an, die darüber hinausgehen und von Menschen in Anspruch genommen werden können, die keinen Anspruch auf den ErlangenPass haben. Auf Grundlage eines SPD-Antrags wurde jetzt vom Sozialamt die Broschüre "Gut beraten, günstig Leben" erarbeitet, die letzte Woche erschienen ist. Die kostenlose Broschüre gibt nicht nur Auskunft darüber, welche Einrichtungen in Erlangen vergünstigte oder sogar kostenlose Angebote machen, sie klärt auch über soziale Bürgerrechte auf, die jede:r bedürftige Mensch in Anspruch nehmen darf und darüber, unter welchen Bedingungen man den ErlangenPass bekommen kann.

Neue Kunst im öffentlichen Raum in Erlangen

Jedes Kunstwerk wirft Fragen auf: Was will es mir sagen? Will es das überhaupt? Finde ich es schön? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht? Muss es überhaupt schön sein? Was ist "schön"?

Was für Kunstwerke im Allgemeinen gilt, das gilt umso mehr für Kunstwerke im öffentlichen Raum – also für Skulpturen, Gemälde oder Spruchtafeln unter freiem Himmel, die auf ihre Umgebung ausstrahlen und somit ebenso das Stadtbild prägen, wie es Straßen und Gebäude tun. Denn solcher Kunst kann sich niemand entziehen. Sie ist für alle Bürger_innen jederzeit sichtbar, verfügbar und zugänglich.

Auf seine Umgebung strahlt auch das großflächige Wandgemälde aus, das seit Anfang September die Südfassade des Museumswinkels ziert: Schon von Weitem ist er über den Parkplatz an der Hartmannstraße hinweg zu sehen, der bärtige, tätowierte Mann mit den erhobenen Armen, der sich in fünf überblendeten Phasen von der Vorder- in die Rückenansicht dreht. Das fotorealistische Motiv des weltweit renommierten Street-Art-Künstlers "CASE" (alias Andreas von Chrzanowski) ist der siegreiche unter fünf eingesandten Vorschlägen, die ein Preisgericht aus Mitgliedern der Kunstkommission am 24. Juni bewertete. Vorangegangen war ein Wettbewerb, der eine Idee aus der Bürgerschaft vom Sommer 2019 sowie zwei auf ihr fußende Fraktionsanträge der SPD und der CSU vom Oktober 2019 umsetzte. Der Siegerentwurf überzeugte den Kultur- und Freizeitausschuss am 08. Juli einmütig, der Stadtratsbeschluss folgte am 23. Juli - und bereits am 07. September konnten OB Florian Janik und Kulturreferentin Anna Steinert-Neuwirth das fertige Kunstwerk einweihen. So schnell kann es gehen.

"Den Kontakt mit Kunst und Kultur im öffentlichen Raum verankern und verstärken" – so lautet ein erklärtes Ziel der Erlanger SPD aus ihrem Wahlkampfprogramm 2020. Das haushohe "Mural" am Museumswinkel liegt ganz auf dieser Linie, denn es bewirkt, was nur Kunst im öffentlichen Raum vermag: Es bewegt alle Menschen, die es se-

hen - auch solche, für die der übliche, durch Eintrittspreise und Museumstore bewehrte Zugang zu künstlerischen Werken eine Hemmschwelle bedeutet. Manche erfreut es, manche irritiert es. Aber allen ermöglicht sein Anblick, eben weil er ein öffentlich geteilter Anblick ist, miteinander ins Gespräch zu kommen. Der Mauer-Mann erinnert mit seinen erhobenen Armen, die an Röntgenaufnahmen denken lassen, an den medizintechnischen "Genius loci" des ehemaligen Siemens-Reiniger-Industriebaus. Doch davon abgesehen darf frei assoziiert werden: Wird der Mann mit einer Waffe bedroht? Ist er ein durchleuchteter, "gläserner Bürger"? Ein moderner Christus am Kreuz? Wem liefert er sich aus - erzwungen oder freiwillig? Kunst animiert dazu, flottierend zu denken und Möglichkeitsräume durchzuspielen - und speziell eine niederschwellige "Kunst für alle" kann so auch als sozialer Kitt in Zeiten gesellschaftlicher Spaltungstendenzen wirken.

Doch darüber hinaus soll das Bild als ausgewiesenes "Pilotprojekt" auch einen ganz konkreten Effekt zeitigen: Es soll Bürgerinnen und Bürger, denen dieses Kunstgenre einleuchtet, dazu ermuntern, noch weitere Orte und Bildmotive für weitere "Murals" vorzuschlagen.

Die Büchenbacher Anlage soll schöner werden

In der Büchenbacher Anlage stehen Veränderungen an: Durch die geplante Neubebauung des Einkaufszentrums und das dahinterliegende Bauvorhaben der Gewobau an der Odenwaldallee mit zahlreichen sozialen Einrichtungen werden neue Anforderungen auch an die öffentliche Flächen gestellt, die außerdem auch in die Jahre gekommen sind. Deshalb wurde jetzt auf Antrag von SPD, CSU und Grüner Liste die Verwaltung beauftragt, im Jahr 2021 eine "Planungswerkstatt" durchzuführen. Dabei sollen mit viel Beteiligung der Bürger*innen die Gestaltung der Büchenbacher Anlage, des Parkplatzes nördlich des Einkaufszentrums und der dazwischenliegenden Wege angegangen werden. "Wir stellen uns vor, gerade durch mehr Grün und mehr Flächen für Kommunikation die Funktion als Zentrum von Büchenbach-Nord und der Begegnung der Menschen miteinander zu

stärken", erläutertet der Büchenbacher SPD-Stadtrat Philipp Dees: "Vor allem sind wir aber gespannt, welche Ideen die Bürger*innen im Stadtteil haben!" Wer Ideen hat – auch zu anderen Themen im Stadtteil – kann sich auch an die Stadtteilwerkstatt 56nord wenden: Hauke Hopp-Seyler, c/o AWO-Ortsverein, Büchenbacher Anlage 27a, Telefon 0157 34882139, E-Mail stadtteilwerkstatt@56nord.info (Präsenzzeit: dienstags 14 bis 17 Uhr)

Fahrradanlehnbügel: Die Bürger*innen sind gefragt

An vielen Stellen in der Stadt fehlen gute Fahrradabstellmöglichkeiten. Um das Radfahren noch attraktiver zu machen, aber auch die Gehwege besser von abgestellten Fahrrädern freizuhalten, will die Stadt deshalb in der Innenstadt 1.000 zusätzliche Fahrradbügel installieren.

Dazu sind die Bürger*innen gefragt: Über das Online-Portal https://geodaten.erlangen.de/fahrradbuegel/ können Vorschläge gemacht werden, wo die Fahrradbügel entstehen sollen. Über eine Kommentarfunktion können auch schon bestehende Vorschläge unterstützt und Vorschläge zur weiteren Gestaltung gemacht werden (z.B. spezielle Bügel für Lastenräder oder Fahrradanhänger).

Förderprogramm für Lastenfahrräder wird verlängert

Seit diesem Jahr wird in Erlangen auch die Anschaffung von Lastenfahrrädern durch Vereine und Initiativen sowie durch Privatpersonen gefördert. Dieses Programm soll nun auch 2021 fortgesetzt werden – das hat der Stadtrat einstimmig beschlossen. "Wir freuen uns, dass das Programm stark nachgefragt wird", kommentiert SPD-Verkehrssprecher Andreas Richter. "Uns ist aber auch wichtig, dass die Lastenfahrräder intensiv genutzt werden. Deshalb wollen wir den Schwerpunkt weiter auf Förderung von Vereinen und Initiativen, die die Räder gemeinsam nutzen und auch verleihen – und auch Privatpersonen, die sich zusammenschließen und gemeinsam ein Lastenrad nutzen, kommen leichter an die Förderung."

Zigarettenkippen wird der Kampf angesagt

Für viele sind sie ein Ärgernis: Zigarettenkippen, die einfach auf den Boden geworfen werden. Die Stadt will nun unter anderem auf einen Antrag der SPD-Fraktion dagegen vorgehen: So soll es eine Aufklärungskampagne geben, um Raucher*innen deutlich zu machen, dass weggeworfene Zigarettenkippen nicht nur hässlich aussehen, sondern auch Giftstoffe in die Umwelt freisetzen, die der Natur schaden, aber auch Kinder gefährden können. Außerdem werden die Abfalleimer an Bushaltestellen und in der Innenstadt mit speziellen Einsätzen für Zigarettenasche und -kippen ausgestattet - obwohl man ausgedrückte Kippen auch heute schon einfach in die Körbe werfen könnte. "Auch uns ärgern die vielen herumliegenden Zigarettenkippen", so SPD-Umweltsprecher Andreas Richter: "Deshalb haben wir gerne die Initiative des früheren SPD-Stadtrats Stefan Barth aufgegriffen, etwas gegen das Kippen-Unwesen zu tun."





sparkasse-erlangen.de/giro

Weil wir für jeden Kunden genau das richtige Girokonto haben!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Verzinstes Girokonto für Kinder und junge Leute bis 27 Jahre¹.

Mit der Sparkassen-Card überall bequem bezahlen und an rund 23.500 Sparkassen-Geldautomaten in Deutschland und vielen weiteren Geldautomaten weltweit Geld abheben.

¹ Kostenlos bis zum 18. Geburtstag bzw. für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Zinsen bis 2.500 € Guthaben, Zinssatz freibleibend. Stand 08/2020



Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchstadt Herzogenaurach

Corona – Soziale Spaltung - Piketty

VonWolfgang Niclas

DGB Vorsitzender

Erlangen/ER Höchstadt



"Wenn man das Ziel nicht kennt, ist kein Weg der richtige." (Koran)

Es besteht weitgehend Konsens über die beschleunigende Wirkung, die die Corona Pandemie auf viele gesellschaft-

lichen Prozesse ausübt. Digitalisierung der Arbeit durch Videokonferenzen und Home Office, Bildung durch Tele-Unterricht an Schulen und Web-Seminare an Universitäten. Der Individualverkehr elektrifiziert sich noch schneller, als erwartet.

Gleichzeitig haben Cloud-Worker*innen, Befristete und Leiharbeiter*innen ohne große öffentliche Wahrnehmung ihre Arbeit verloren, Kurzarbeit führte bei unteren Einkommensgruppen zu schwer auffangbaren Einkommensverlusten, viele Solo-Selbständige stehen vor dem Aus.

Der "Wumms" zur Krisenüberwindung in der Wirtschaft war und ist erforderlich. Nach der Bankenrettung in der Finanzkrise erleben wir jetzt die Konzernrettungen. (Von der Entrüstung der Eigentümer über zarte Mitspracheforderungen der Politik nach Rettung des Betriebes soll hier nicht die Rede sein.) Für die Abzahlung der dreistelligen Milliardenbeträge den "die Gürtel enger zu stellen" sein? Wer Zweifel daran hat, soll sich die Diskussionen in den Wirtschaftsverbänden politischen Freunden der freien Marktwirtschaft anschauen. Die Antwort der öffentlichen Arbeitgeber auf die Tarifforderungen der "Helden" des Corona Frühlings sprechen ebenfalls eine klare Sprache. Die Verschärfung des Finanzierungsproblems durch die Klimakatastrophe und die digitale Transformation der Wirtschaft wird die soziale Spaltung vorantreiben, in immer weniger Gewinner und immer mehr Verlierer. Gibt es wirklich keine Alternative?

Schaut man sich vergleichbare Pro-

blemlagen und ihre Bewältigung in der Vergangenheit genauer an, findet man überraschende Lösungswege. Der US New Deal hat mit gigantischen Staatsausgaben das Land nach der großen Wirtschaftskrise Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts aus der Wirtschaftskrise geführt, bezahlt mit zum Teil über 80 %igen Steuern auf Vermögen und Erträge. Das deutsche Wirtschaftswunder wurde in den 50er

Corona-Kosten spalten unsere Gesellschaft!

Dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie ungleich verteilt sind, erleben wir tagtäglich. Doch auch die langfristigen Auswirkungen auf die soziale Spaltung unserer Gesellschaft werden gravierend sein.

Prof. Dr. Jan Weyand (FAU) diskutiert vor diesem Hintergrund Überlegungen des französischen Ökonomen Thomas Piketty, wie wir unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Erfordernisse zu einer sozial gerechteren Lastenverteilung kommen können.



Eine Veranstaltung von:









/iSdP: Wolfgang Niclas (DGB) , Friedrichstr. 7 91054 Erlange

Jahren mit einem Lastenausgleich befeuert, der im Kern mit einer 50 %igen! Vermögenssteuer finanziert wurde. Erst in den 80er Jahren triumphierte weltweit wieder die Politik der radikalen Marktwirtschaft (Chicago-Boys, Reagonomics, Thatcherismus, Kohl usw.). Die Finanzmarktgetriebene Globalisierung war Ursache und Konsequenz.

Die soziale Spaltung entwickelte sich von 1900 bis heute U-förmig, passend zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es eine starke soziale Spaltung der Gesellschaft, die sich in allen industrialisierten Ländern bis in die 80 Jahre deutlich verringerte. Der dann politisch bewusst entfesselte freie Markt spaltet aber bis heute die Gesellschaft erneut. Mit den aktuell großen Herausforderungen

droht sich diese Entwicklung weiter zu verschärfen.

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat mit "Kapital und Ideologie" (München 2020) eine sehr datenreiche Analyse der Frage veröffentlicht, welche Bedingungen die soziale Spaltung einer Gesellschaft vergrößern oder verringern. "Die Ungleichheit ist keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine ideologische und politische Ungleichheit." lautet sein Fazit.

Mit detaillierten Analysen der Sozialund Wirtschaftsgeschichte in mehreren industrialisierten Ländern zeigt er auf, dass die Reduzierung sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Erfolg gleichzeitig stattfanden, wenn es mehrheitlich gewollt war. Dass im Gegensatz dazu eine zu starke soziale Polarisierung einen dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg verhinderte.

Prof. Jan Weyand (IFS/FAU) stellt die Untersuchungen und Überlegungen von Thomas Piketty am 1. Dezember um 20:00 Uhr zur Diskussion, in einer gemeinsamen Veranstaltung von Ratschlag für soziale Gerechtigkeit, DGB, VHS und dem Institut für Soziologie an der FAU (siehe Anzeige). Der "Wumms" ist erforderlich, unser Ziel muss aber eine sozialgerechte Finanzierung sein, wenn wir einen solidarischen Weg gehen wollen.

Die Veranstaltung wurde kurz vor Fertigstellung des Monatsspiegel Coronabedingt auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Erlanger Mieterinnenund Mieterverein Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen Tel. 09131/4 32 26

Beitraassätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- · Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- · Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr-und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

:.....

Entwurf eines Antrags Maßnahmen zur Unterstützung schwächelnder Distrikte Initiativantrag von AG 60plus zur KMV am 19.11.2020 im Turnerbund

Die KMV möge beschließen, dass die Forderung der AG 60 plus zur Stärkung der Distrikte durch Veranstaltungen der SPD vor Ort vom SPD Kreisverband kurzfristig umgesetzt werden.

Begründung:

Bessere Unterstützung der Distrikte durch SPD Veranstaltungen in den Distrikten

Die SPD ist in den meisten Distrikten nahezu unsichtbar. Um die SPD in den Stadtteilen für die Bevölkerung und SPD Mitglieder wieder sichtbarer zu machen, sollen alle Veranstaltungen der SPD in den Stadtteilen, auch westlich des Kanals, in den Distrikten stattfinden, z. B. Kreisvorstandssitzung, Kreismitgliederversammlung die Jubilar-Ehrung

Die Veranstaltungen sollen langfristig, terminlich und lokal geplant und mit den Distrikten abgestimmt werden. Wir denken an einen jährlichen Veranstaltungskalender

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel Dezember 2020

18. November 2019

Aus dem Bauch gesprochen:

Es lebe die Krise - über den Charme "Krisen zu managen"

Von Monika Fath-Kelling



So eine veritable, stabile, allerlei "Verordnungen" abtrotzende Krise?

Herrlich!

Da kann man sich endlich mal beweisen, das eigene Potential betonen, Profil schärfen, furchtlos den Gefahren ins schreckliche Antlitz blicken, seine verängstigten Schäfchen hinter sich scharen:

Heldenzeit.

Die Krise muss natürlich Bedingungen erfüllen: So wüten wie Krieg, Pest und Cholera anno dunnemals darf sie selbstredend nicht! Eine gewisse Freundlichkeit in der Handhabung soll schon gewährleistet sein, schließlich soll das Volk und die Wertsachen über die man sich aufschwingen will, ja weiterhin als Wahlvolk und Besteuerungsgrundlage zur Verfügung stehen. Wie sollen "Brot und Spiele" sonst garantiert und organisiert werden?

Da trifft es sich gut mit COVID-19.

Und dann den Jackpot noch dazu: diese Krise betrifft nicht nur den eigenen Gäu, sondern sämtliche Mitbewerber um die Titel der "Krisenmanager des Jahrzehnts" gleich mit! Sowohl lokal, als national, sogar die Internationale... kurz: eine Jahrhundertgelegenheit für groß denkende Macher weltweit.

Kühnste, unwahrscheinlichste Phantasien rücken hier in den Bereich des Möglichen ...

Real manifestieren sich die Phantastereien dann in etwa so:

Tief in die demokratische Architektur greifende Maßnahmen, noch vor einem halben Jahr undenkbar, spielen sich "locker ein", werden dabei ganz "selbstverständlich". Unsere Recken dürfen (sich auf-) spielen, das Ganze ein riesiges Turnier um Deutungshoheiten, um die praktische Bewältigung der Krise geht es erst in zweiter Linie.

Unsere gebührenfinanzierten Hofberichterstatter machen derweil eben-

falls einen "tollen Job" als Stadionsprecher. (Da gibt es z.B. im BR Nachrichten (19.10.20, 8 Uhr) in denen außer Coronamaßnahmen scheinbar nichts so bewegend war, dass es berichtenswert erschien! Dafür die neuesten der neuen Coronaverordnungen Italiens (!) in epischer Ausführlichkeit. Als ob Otto Normalbürger überhaupt noch sagen könnte, was der aktuelle Stand der zu beachtenden Verordnungen hierzulande in Deutschland gerade ist.)

Aber das macht ja den eigentlichen Charme dieses ganz speziellen Corona-Krisenmanagements aus: Krise genug um bewältigt werden zu müssen, aber nicht Krise genug, um nicht "gemanagt" werden zu können. Denn was bedeutet in diesem Zusammenhang gemanagt? Den Status quo so lange am Leben halten, bis sich unter dem Teppich der Krise die Machtverhältnisse in der Art verändert haben, dass sie am Ende hauptsächlich dem Krisenmanager selber nutzen.

Wenn ich mit dieser Brille aufs theatralisch überhöhte "Szenario" blicke, sehe ich erschreckend deutlich, dass autokratische Vorlieben auch hier im Musterschülerland der Demokratie ziemlich weit verbreitet sind. (Unter den Politikern wie unter dem Volk). Und der "Gesundheitsschutz" ein ziemlich perfektes, weil moralisch unverdächtiges und unangreifbares Einfallstor für autokratischere Staatsgestaltung abgibt. Der lang erträumte Hebel der Exekutive sozusagen. "Schutz" der Schwachen" als Vorwand für verordnungsgestütztes, exekutives Handeln ohne zeitraubende Palaverei in Landtagen und Parlamen-

Könnte es vielleicht sein, dass die lästigen "Corona"-Demonstrationen Ahnungen und diffuse Gefühle von Ohnmacht und Betrogensein der Regierten spiegeln und ausstellen? Dass sich größere Teile der Bevölkerung im "demokratisch-politischen" Handeln unserer Politiker gar nicht mehr vertreten fühlen? (Auch wenn das speziell von uns Sozialdemokraten immer vehement als unzutreffend zurückgewiesen wird, die

Umfragewerte unserer Partei sprechen eine andere Sprache).

Dass unsere Demokratie mehr Plutoals Demokratie ist? (siehe Studie der Princton University über den überproportionalen "demokratischen" Einfluss der großen Vermögen) Vielleicht fragen sich viele Bürger anlässlich der plötzlich möglichen Verordnungsflut, warum nur im Gesundheitsministerium die Schwachen geschützt werden sollen und nicht auch im Arbeits- und Sozialministerium, im Landwirtschafts-, Umwelt-, Verkehrsministerium??

Auf diesen Demonstrationen üben Klein-, Wut- und sonstige Bürger ihre "Renitenz" im Zeichen von Corona. Genau wie die Politik mehr Autokratie wagt für die kommenden, polarisierteren Zeiten (siehe Amerika), die wiederum den schon immer an gezielten Auseinandersetzungen interessierten militärisch-industriellen Komplex fördern

Mein Gott, was hab ich da heute bloß in den Bauch bekommen!?

Gegen Ende dieser Geschichte sind die Helden ein wenig aus dem Fokus geraten.

Denn weder sind die Krisenmanager samt Krisenberichterstattern welche, noch die bedauernswerten, mit den Windmühlenflügeln der Verordnungen kämpfenden und zur Ausführung derselben verpflichteten "ausführenden Organe".

Mein eigener Heldenmut erschöpft sich in einem Quäntchen "Eigensinn" für praktische Handhabung der realen Gefahrenlage durch COVID-19: Abstand gewinnen und halten!

Vielleicht braucht diese Krise ja gar keine expliziten Helden.

Sondern nur Menschen die nicht ein Image polieren wollen, sondern ganz praktisch Verstand und Empathie einsetzen. Sie könnten letztlich "öffentlichkeitswirksamer" in der Bewältigung von COVD-19 sein als sich selbst ermächtigende Krisenmanager und Krisendeutler

Kabinett will Geheimdiensten Quellen-TKÜ erlauben: Tausche Staatstrojaner gegen Rassismusstudie

Die Geheimdienste sollen nun auch dürfen, was den Polizeibehörden schon erlaubt ist. Mit der Quellen-TKÜ soll der Zugriff auf verschlüsselte Messenger-Nachrichten gelingen. Unsere SPD in der Regierung gab ihren Widerstand auf – wohl auch für einen Deal.

■ Von Mark Schuster



Am Mittwoch war es dann also doch soweit: Die Bundesregierung will den Geheimdiensten künftig erlauben, Kommunikation über WhatsApp und andere verschlüsselte Messenger-Dienste mitzulesen. Das Kabinett entschied, dass der Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst (BND) und der Militärische Abschirmdienst (MAD) künftig die sog. Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) einsetzen dürfen.

Dabei wird in einem ersten Schritt ein sog. "Staatstrojaner" auf einem Laptop oder auf ein Telefon aufgespielt. Mit Hilfe dieser Software können dann Nachrichten mitgelesen werden, und zwar bevor sie verschlüsselt werden, sozusagen an der Quelle. Der Polizei steht das Instrument bereits seit 2017 über § 100a StPO als Ermittlungswerkzeug zur Verfügung. Eingesetzt wird das von den Polizeibehörden aber nach Recherchen des WDR äußerst selten – zu groß sollen die technischen Hürden sein.

Die Reform für die Geheimdienste war in der Koalition sehr umstritten. Ein erster Entwurf war den anderen Ministerien bereits im März 2019 zur Stellungnahme übersandt worden. Damals sah er für die Geheimdienste auch noch die Erlaubnis für die sog. "Online-Durchsuchungen" vor. Diese Befugnis sieht der Entwurf nun nicht mehr vor. Eine Änderung, die die SPD für sich verbuchen möchte.

Quellen-TKÜ nur nach richterlicher Anordnung

Die Online-Durchsuchung ist eine noch tiefgreifendere Maßnahme als die Quellen-TKÜ. Dabei wird ein Computersystem umfassend oder gezielt durchsucht, also können nicht nur Kommunikationsdaten, sondern sämtliche in der Vergangenheit gespeicherten Daten betrachtet werden. Aus längst vergangenen Chatverläufen, Fotos, Notizen und Webseitenbesuchen lässt sich ein sehr umfassendes Bild einer Person zusammensetzen.

Wie auch in der StPO soll der Einsatz der Quellen-TKÜ für die Geheimdienste nur nach richterlicher Anordnung erfolgen können. Um die Kontrolle der Überwachungsmaßnahmen zu verbessern, wird die Zahl der Mitglieder der für ihre Genehmigung zuständigen G10-Kommission des Bundestages erhöht. Außerdem soll der Kommission ein technischer Berater an die Seite gestellt werden.

Der Entwurf aus dem Bundesinnenministerium sieht außerdem einen erweiterten Austausch von Informationen zwischen dem MAD und den Verfassungsschutzbehörden vor. Auch werden die Hürden für die Beobachtung von Einzelpersonen durch den Verfassungsschutz gesenkt.

Damit will die Bundesregierung Konsequenzen aus den rechtextrem motivierten Terroranschlägen in Halle und Hanau ziehen. Beide Anschläge waren von Tätern verübt worden, die nach bisherigen Erkenntnissen keiner Gruppierung angehörten.

Staatstrojaner im Tausch gegen Rassismusstudie?

In der Amtszeit von Bundesjustizministern Katarina Barley hatte das BMJV das Vorhaben hartnäckig blockiert. Die SPD hatte sich lange gegen die Pläne von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gesperrt. Vor allem die neue Parteichefin und Digitalpolitikerin Saskia Esken hatte sich ausdrücklich gegen die Trojanerbefugnisse gestellt. Nun ist der Widerstand eingebrochen. Die Opposition im Bundestag vermutet dahinter

einen Deal: Wenn die SPD dem Staatstrojaner für die Nachrichtendienste zustimme, wird im Gegenzug der Innenminister die Rassismusvorwürfe in den Reihen der Polizei untersuchen lassen. "Der jetzige Deal, Studie gegen Staatstrojaner-Einsatz kommt einem – auch vor allem rechtspolitischen – Offenbarungseid gleich", sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen und Rechtspolitiker Konstantin von Notz.

Ein Sprecher des SPD-geführten Bundesjustizministeriums sagte, es handele sich insgesamt um eine "maßvolle Kompetenzerweiterung" bei einer gleichzeitigen Stärkung der parlamentarischen Kontrolle. Genauso flexibel war es als Plan im Koalitionsvertrag formuliert.

"Wir brauchen einen Verfassungsschutz, der auch im digitalen Zeitalter sehen und hören kann. Nur so können wir den extremistischen Geschwüren in unserer Gesellschaft etwas entgegensetzen", sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Die FDP kritisierte das Vorhaben. "Dass nun auch die Nachrichtendienste den Staatstrojaner einsetzen dürfen sollen, gleicht einem Ausverkauf der Bürgerrechte. Es überrascht sehr, dass Bundesjustizministerin Lambrecht (SPD) als Verfassungsministerin diesen Schritt hin zum gläsernen Bürger als Ideal konservativer Sicherheitspolitik mitgeht", sagte der FDP-Vizefraktionschef Stephan Thomae der dpa. "Die Überwachung verschlüsselter Kommunikation, also die Ouellen-TKÜ, ist der kleine Bruder der Online-Durchsuchung und stellt ebenso einen massiven Grundrechtseingriff dar." Beide hätten bei den verdeckt und im Gefahrenvorfeld agierenden Nachrichtendiensten "nichts verloren.

Auch die Oppositionspolitiker der Grünen und Linken befürchten schon seit längerer Zeit eine Verschiebung im Sicherheitsrecht. Rechtswissenschaftler

beobachten eine "Verpolizeilichung des Nachrichtendienstes" und eine "Vernachrichtendienstlichung der Polizei", also ein Verwischen der Grenzen zwischen den Sicherheitsbehörden. Letzteres lässt sich im neuen Bayerischen Polizeigesetz aus 2018 erkennen, wenn dort die Polizei ein ganzes Arsenal an Überwachungsmaßnahmen schon bei "drohender Gefahr", also im Vorfeld der klassischen Eingriffsschwelle, einsetzen darf.

Die Union hatte lange auf die neue Regelung gedrungen. "Es ist gut und wichtig, dass die Anpassung des Verfassungsschutzgesetzes nun endlich auf den Weg gegeben wird", sagte ihr innenpolitischer Fraktionssprecher Mathias Middelberg (CDU). Nur so könne der Inlandsgeheimdienst auch im digitalen Zeitalter seine Rolle als Frühwarn-

system weiter ausüben.

BVerfG soll noch über Staatstrojaner entscheiden

Seit Sommer 2018 liegen gleich mehrere Beschwerden gegen den Staatstrojanereinsatz beim Bundesverfassungsgericht. Den Bürgerrechtlern zufolge beeinträchtige der Trojanereinsatz die Cybersicherheit weltweit. Denn um Staatstrojaner einzuschleusen, dürften die Behörden auch Sicherheitslücken in Soft- und Hardware ausnutzen, die den jeweiligen Herstellern noch unbekannt sind. Das schaffe Anreize, ein "Arsenal von Sicherheitslücken" aufzubauen, um im Fall des Falles eine Zielperson angreifen zu können. Die Befürchtung der Bürgerrechtler: Jede einzelne Lücke in einer solchen elektronischen Waffenkammer könne nicht nur von Behörden für Hacks

von Handys und Computern ausgenutzt werden, sondern auch von Kriminellen. So könne das staatliche Arsenal selbst zum Ziel von Hackerangriffen werden. "Statt die Entscheidung der Karlsruher Richter abzuwarten, weitete man das umstrittene Instrument nun einfach auf den Geheimdienstbereich aus", sagte am Mittwoch von Notz, der auch zu den Klägern gegen die StPO-Änderung gehört. Er kritisiert weiter, dass die Regierung damit an dem Handel mit Sicherheitslücken festhalte, Eingriffsschwellen für den Trojaner-Einsatz nicht erhöht habe, und auch nicht die Kontrolle und Transparenz verbessert.

Nach der Kabinettsentscheidung erreicht der Entwurf nun den Bundestag, der das Gesetz auch noch beschließen muss.

Parlamente in der Pandemie: Es bleibt so verfassungswidrig wie es ist

Der Bundestag hat seine ihm verfassungsrechtlich zugewiesene Rolle in der Pandemie noch nicht gefunden. Er ermöglicht und begleitet das Regieren per Verordnung und zögert, die Ermächtigungsgrundlagen für die Corona-Verordnungen nachzubessern.

Von Mark Schuster



Wenn man den drei Staatsgewalten Rollen beim Fußball zuweisen würde, würde die Exekutive außerhalb des Platzes für Organisation und Ordnung sorgen und die Judikative das Schiedsrichtergespann stellen. Die Parlamentarier aber stünden auf dem Feld. Denn "entscheidend is auf'm Platz", wusste schon Alfred Preißler, langjähriger Kapitän von Borussia Dortmund - im Fußball wie in der Demokratie. Im ersten halben Jahr der Pandemie standen allerdings vorwiegend Funktionäre und Ordner auf dem Platz. Holprige Bund-Länder-Runden und rustikal einsteigende Ministerpräsidenten prägten das Bild, eingerahmt durch mehrheitlich freundlichen parlamentarischen Beifall von der Sei-

Dem demokratischen Spielfluss hat die-

se verkehrte Rollenverteilung allerdings nicht gut getan, die Schiedsrichter mussten oft eingreifen und Blutgrätschen wie die Beherbergungsverbote sanktionieren, mancher Zuschauer wandte sich ganz ab. Es ist daher zu begrüßen, dass die Rolle der Parlamente in der Pandemie nach über einem halben Jahr nun endlich breiter diskutiert wird. Den Anlass bieten die Pläne aus dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) für ein drittes Bevölkerungsschutzgesetz. Allerdings sind die zugrunde liegenden staatsorganisationsrechtlichen Fragen sperrig und die notwendigen Differenzierungen für die mediale Öffentlichkeit wenig geländegängig. Es sind zwei Problemkreise auseinanderzuhalten:

Welche "epidemische Lage"?

Der erste Stein des Anstoßes ist der durch das erste Bevölkerungsschutzgesetz im März 2020 geschaffene und durch das zweite Bevölkerungsschutzgesetz nochmals erweiterte § 5 II Infektionsschutzgesetz (IfSG). Wenn der

Deutsche Bundestag nach § 5 I 1 IfSG eine "epidemische Lage von nationaler Tragweite" feststellt, darf das BMG Rechtsverordnungen erlassen, die "Ausnahmen" und "Abweichungen" von Parlamentsgesetzen vorsehen. Der Bundestag hat den Feststellungsbeschluss Ende März getroffen, und seither sind diverse solcher Rechtsverordnungen erlassen worden. Ihr Rang in der Normenhierarchie und das rechtsdogmatische Schicksal der betroffenen formellen Normen sind unklar, die Verfassungswidrigkeit von § 5 II IfSG kaum noch umstritten. Denn Art. 80 I GG lässt zwar unter engen Voraussetzungen gesetzesvertretende Verordnungen zu, aber keine gesetzliche Blankovollmacht für ein Ministerium von über 1000 Vorschriften weitgehend ohne begrenzende Anforderungen abzuweichen.

§ 5 II IfSG schwächt vor allem die Opposition, für die das Parlament der entscheidende Ort für die Mitwirkung bei und die Kritik an der Krisengesetzgebung ist. Vor allem von dort kam daher auch die

Forderung, zumindest den Beschluss zur "epidemischen Lage von nationaler Tragweite" nach § 5 I 2 IfSG aufzuheben – auch um dem fatalen Eindruck eines Ausnahmezustandes entgegenzuwirken, der nicht in den üblichen, von der Verfassung zur Verfügung gestellten Verfahren und Formen bewältigt werden kann. Die Aufhebung gem. § 5 I 2 IfSG ist aber nicht erfolgt, denn der Bundestag befand sich in einem Dilemma, das er selbst verursacht hat.

Auf der einen Seite liegen die Voraussetzungen für eine "epidemische Lage" seit Mitte April nicht mehr vor - Voraussetzung ist nämlich nicht eine individuelle Gesundheitsgefährdung, sondern eine systemische Gefahr für die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens, die trotz steigender Zahlen bislang nicht besteht. Auf der anderen Seite hätte die Aufhebung des Beschlusses fatale Signale an das Partyvolk und verschwörungstheoretische Irrlichter gesetzt, dass das Virus so schlimm nicht ist oder sogar gar nicht existiert. Der Unterschied zwischen der "epidemischen Lage" im Rechtssinne und der "Epidemie" im tatsächlichen Sinne wäre kaum vermittelbar gewesen.

Alles bleibt so verfassungswidrig wie es ist

Mit Schreiben vom 19. Oktober 2020 an die "Kolleginnen und Kollegen" hat nunmehr auch der Bundestagspräsident (also gewissermaßen der parlamentarische Spielführer) eine Stärkung des Parlaments gefordert, "um den Eindruck zu vermeiden, Pandemiebekämpfung sei ausschließlich Sache von Exekutive und Judikative".

Diesem Anliegen wird der Entwurf des Bevölkerungsschutzgesetzes aber nicht gerecht. Der zentrale § 5 IfSG soll nämlich nicht verändert werden. Das hat zwar zur Folge, dass zum 31. März 2021 die gesetzesvertretenden Rechtsverordnungen nach § 5 IV 1 IfSG außer Kraft treten würden. Aber § 5 II IfSG selbst ist nicht befristet. Wenn tatsächlich geplant wäre, das Rechtsverordnungsregime auslaufen zu lassen, müsste der Entwurf des dritten Bevölkerungsschutzgesetzes ja vorsehen, dass die in den Rechtsverordnungen geregelten Inhalte in die jeweiligen Gesetze überführt werden - jedenfalls wenn man unterstellt, dass sie zur Pandemiebekämpfung wirklich so wichtig und dringlich sind, wie es das Ministerium suggeriert. Aber nichts dergleichen findet sich in dem Referentenentwurf. Das nährt die Vermutung, dass die Frist in § 5 IV 1 IfSG im nächsten Jahr dann doch noch verlängert werden wird und alles so verfassungswidrig bleibt wie es ist

Sollte es so kommen, werden auch die drei insoweit bereits geübten Fraktionen von FDP, Linken und Bündnis90/ Die Grünen Farbe bekennen und einen gemeinsamen, mit dem Antrag auf einstweilige Anordnung verbundenen Normenkontrollantrag gegen § 5 II IfSG stellen müssen. Denn in dieser für das verfassungsrechtliche Gefüge so fundamentalen Frage bedarf es dringend rechtlicher Klarheit.

Es drohen verfassungsrechtliche Gewöhnungseffekte

Eine verfassungsgerichtliche Klärung ist auch deshalb angezeigt, weil schon jetzt Verstetigungs- und Gewöhnungseffekte drohen. Erst kürzlich hat der Bundestag einen neuen § 52 IV BWahlG beschlossen, der das Bundesministerium des Innern ermächtigt, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen in Präsenz zu ermöglichen. Das soll zwar, anders als bei § 5 II IfSG, "mit Zustimmung des Bundestages" geschehen. Aber warum kann der Bundestag ein von ihm selbst erlassenes Gesetz nicht auch selbst ändern, statt einer ministeriellen Rechtsverordnung zuzustimmen, die von diesem abweicht?

Das Grundgesetz trennt kategorial zwischen Gesetz und Rechtsverordnung, und über diese Unterscheidung darf der Gesetzgeber schon wegen der "grundlegende[n] Verschiedenheit der Kontroll- und Verwerfungskompetenzen" nicht frei disponieren (BVerfGE 114, 196/237). Auch die Funktion des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens, das die Partizipation der Opposition im Bundestag und ggfs. auch im Bundesrat ermöglicht, steht auf dem Spiel. Dass der Bundestag diese Befugnisse dann bei "unüberwindlichen Hindernissen" auch noch auf den Wahlprüfungsausschuss soll verlagern können (§ 52 IV 2 BWahlG), macht die Sache wegen der damit verbundenen Beschneidung von Abgeordnetenrechten (Art. 38 I 2 GG) nicht besser.

Corona-Verordnungen nehmen Millionen noch Nicht-St^{*}rern in Anspruch

Die Diskussion darüber, dass der Bundestag noch nicht richtig "auf'm Platz" ist, hat aber noch eine zweite Dimension: Decken die in den §§ 28-32 IfSG enthaltenen gesetzlichen Ermächtigungen tatsächlich die weitreichenden Grundrechtseinschränkungen durch die sog. Corona-Verordnungen? Hier geht es um die beim allgemeinen Parlamentsvorbehalt (Art. 20 Abs. 2, 3 GG) zu verortende Forderung, dass der parlamentarische Gesetzgeber die grundrechtswesentlichen Fragen selbst regeln muss. Daran bestehen Zweifel, denn die genannten Ermächtigungsgrundlagen sind nur an "Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider" adressiert, und nur dann dürfen nach § 28 Abs. 1 S. 2 IfSG etwa "Veranstaltungen oder sonstige Ansammlungen von Menschen" beschränkt oder verboten werden. Die Corona-Verordnungen nehmen also Millionen von Nicht-Störern in Anspruch. Das ist nicht prinzipiell unzulässig, bedeutet aber einen so schwerwiegenden Grundrechtseingriff, dass es einer gesetzlichen Regelung mit hinreichend präzisen materiell-rechtlichen und verfahrensrechtlichen Anforderungen bedarf.

Insoweit stellen sich komplizierte Fragen eines vom traditionellen Gefahrenabwehrrecht zu unterscheidenden Risikoverwaltungsrechts, das anders als etwa im Atomrecht nicht Anforderungen an einzelne Anlagen regelt, sondern die gesamte Bevölkerung auch unabhängig von individueller Gefährlichkeit adressiert. Zudem müssen die sehr diffizilen Fragen des Entschädigungsrechts geklärt werden. Die Materie lässt sich also nicht mit einem Schnellschuss regeln, sondern bedarf sorgfältiger fachlicher Vorbereitung. Aber man hätte nach über einem halben Jahr Pandemie erwarten dürfen, dass der Bundestag das Problem zumindest angeht, etwa durch die Einsetzung einer Fachkommission. Das würde auch den Gerichten die Nachsichtigkeit erlauben, die unzureichenden Ermächtigungsgrundlagen für einen Übergangszeitraum weiter anzuwenden.

Der Bundestag ist also in der Pandemie nach wie vor nicht "auf'm Platz", und es gibt auch nur zaghafte Signale, dass er sich langsam warmläuft und seine Einwechslung vorbereitet.

Bundeswehr in der Krise – eine Antwort darauf ist schwierig Überlegungen, ob die vorgeschlagenen neuen

Uberlegungen, ob die vorgeschlagenen neuen Personalstrategien zur Lösung der Krise innerhalb der Bundeswehr beitragen

■ Von Mark Schuster



Vor mehr als 60 Jahren standen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder deutsche Soldaten unter Waffen: Mit der Gründung der Bundeswehr 1955 wurde eine Armee geschaffen, die anders als ihre Vorläufer auf Demokratie und Rechtsstaat verpflichtet war und als NATO-Partner an vorderster Front des Kalten Krieges stand. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurde die Bundeswehr auch zu einem außenpolitischen Instrument. Ihr Einsatz in internationalen Konflikten ist bis heute Gegenstand gesellschaftlicher und politischer Debatten. Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr, ihrem Wandel von der Wehrpflicht- zur Freiwilligenarmee und den Erfahrungen der Auslandseinsätze haben die Streitkräfte mit neuen Herausforderungen zu kämpfen. neue Strategien: Das Wei§buch 2016 Im Juli 2016 erschien das neue Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Der wichtigste verteidigungspolitische Aspekt ist der neue Fokus auf eine alte Aufgabe: Während im Weißbuch von 2006 und den verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 die Rede davon war, dass sich die Bundeswehr auf Stabilisierungseinsätze und Krisenmanagement wie etwa in Afghanistan ausrichten sollte, steht jetzt klar die traditionelle Landes- und Bündnisverteidigung im Zentrum. Mit der neuen Freiwilligen-/Berufsarmee ist genau das die einzige Aufgabe, die die Bundeswehr professionell bewältigen kann. Damit kommt eine Aufgabe aus dem Kalten Krieg zurück, die die Bundeswehr jedoch in einem tiefgreifend veränderten Umfeld ausführen muss. Im Kalten Krieg stand die Landes- und Bündnisverteidigung im Mittelpunkt. Dies veränderte sich erheblich in den 1990er-Jahren als Auslandseinsätze (etwa auf dem Balkan) als wesentliche Aufgabe hinzukamen. Im aktuellen Weißbuch schwingt dieses Pendel wieder zurück: Unter dem starken Eindruck der russischen Annexion der Krim 2014 und der Beteiligung Russlands am andauernden Krieg in der Ostukraine soll aus der Einsatzarmee wieder eine Armee werden, die vor allem zur Abschreckung und Landesverteidigung beitragen kann. So wird die Landesund Bündnisverteidigung (wieder) die wichtigste Aufgabe der Bundeswehr. Die Tragweite dieser Veränderung wird umso greifbarer, wenn man bedenkt, dass Landes- und Bündnisverteidigung im Weißbuch von 2006 gar nicht enthalten war. Es verwies lediglich auf die Unterstützung der NATO-Partner.

Nach der Landes- und Bündnisverteidigung folgt im Weißbuch 2016 sofort der Punkt Heimatschutz und sogenannte subsidiäre Unterstützungsleistungen also der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Im Weißbuch 2006 hatte dieser Punkt noch die geringste Priorität. Für die Bundeswehrreform seit 2010 wurde sogar festgelegt, dass dieser Punkt keinen Einfluss auf die Planungen der Bundeswehr für den Katastropheneinsatz haben sollte. Somit hätte dieser Punkt eigentlich aus dem Weißbuch 2016 verschwinden müssen. Doch partei- und innenpolitische Entwicklungen haben diesen Punkt nicht nur im Weißbuch gehalten, sondern ihn sogar zur zweitwichtigsten Aufgabe gemacht. Gleichzeitig haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren nicht verändert. Hierfür hat die amtierende Verteidigungsminister Kramp-Karrenbauer ihr eigenes Konzept zum Heimatschutz vorgelegt (dazu später).

Obwohl das aktuelle Weißbuch Terrorismus als sicherheitspolitische Herausforderung benennt, definiert es überraschender Weise keinen Beitrag der Bundeswehr zur Terrorismusbekämpfung. Dies stand 2006 noch im Zentrum, als Teil der Auslandseinsätze. Terrorismusbekämpfung ist zudem heute die bestimmende Realität der Einsätze: So sind die Einsätze der Bundeswehr im Nordirak, in Mali und die Unterstützung der Anti-IS Koalition in den Mandaten mit Terrorismusbekämpfung begründet und wurden erst kürzlich verlängert und sogar erweitert.

Hinzu gekommen sind neue Aufgaben, die die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien oder Akteuren, wie der Industrie, erfüllen soll: Das Weißbuch 2016 weitet zum ersten Mal die Aufgaben der Bundeswehr im Rüstungsbereich und bei der Cybersicherheit aus. So ist es in Zukunft eine Aufgabe der Bundeswehr, die Entwicklung neuer Technologien und Produkte in diesem Bereich zu unterstützen und dabei auf "nationale Schlüsseltechnologien" zu setzen.

Zudem sollen neben defensiven Fähigkeiten, Angriffe aus dem "Cyberraum" abzuwehren, auch die Fähigkeit ausgebildet werden, darauf offensiv reagieren zu können. Dafür will die Bundeswehr für IT-Spezialisten ein attraktiverer Arbeitgeber werden. Praktisch sichtbar wird das im neuen Kommando Cyberund Informationsraum, dass die Verteidigungsministerin im April 2017 eröffnet hat. Der neue Bereich soll das IT-Systems der Bundeswehr sowohl im Inland als auch im Einsatz (im Ausland) schützen und den normalen Betrieb gewährleisten. Außerdem, sollen sie Instrumente stärken und entwickeln, um im Cyberund Informationsraum nicht nur defensiv. sondern auch offensiv handeln und wirken zu können.

personelle Lösung I: "freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz"

Im September startete die Bundeswehr ihr neues Projekt "freiwilliger Wehr-

dienst im Heimatschutz". Ab dem 01. September können sich junge, aber auch ältere Leute bis 65 bewerben. "Dein Jahr für Deutschland" – so wirbt das Verteidigungsministerium. Am 01. April soll es dann losgehen. Zunächst einmal wird mit jährlich 1.000 Freiwilligen geplant. Die Verteidigungsministerin, die eigentlich eine Dienstpflicht favorisiert, spricht von einem Angebot an alle, die sich freiwillig engagieren wollen.

Die Verteidigungsministerin erklärt: "Wir machen es für Menschen, die insbesondere dieses Engagement in ihrer eigenen Heimat suchen. Das heißt vor allen Dingen sehr heimatnah in ihrem Bundesland, in ihrer Region. Wir haben junge Menschen, die sich zwar für die Bundeswehr interessieren, die sich auch für einen freiwilligen Wehrdienst - und zwar den regulären - interessieren, für die er aber aus unterschiedlichen Gründen nicht infrage kommt. Das hat etwas zu tun mit der Länge des regulären freiwilligen Wehrdienstes. Das hat aber vor allen Dingen auch etwas damit zu tun, dass wir auch junge Männer und Frauen haben, die sich zwar engagieren wollen, aber nicht im Ausland eingesetzt werden wollen."

Der Hintergrund: Die Bundeswehr setzt sich nach Aussetzung der Wehrpflicht nicht nur aus Berufs- und Zeitsoldaten zusammen. Zu den Streitkräften gehören auch Freiwillig Wehrdienstleistende diese sogenannten FWDL-Soldaten dienen zwischen sieben und 23 Monate bei der Bundeswehr - je nachdem wie sie es vorher vereinbart haben. Derzeit gibt es rund 8.000 junge Männer und Frauen, die diesen Status haben. In der Tendenz nimmt ihre Zahl aber ab. Das Verteidigungsministerium erklärt diese Entwicklung mit einem Strategiewechsel bei der Rekrutierung – man setze inzwischen vor allem auf Zeitsoldaten, also junge Leute, die sich für mindestens zwei Jahre bei der Bundeswehr verpflichten.

Der neue "Freiwillige Dienst im Heimatschutz" soll insgesamt 12 Monate dauern. Drei Monate Grundausbildung, danach folgt eine vier Monate dauernde Spezialausbildung zum Wach- und Sicherungssoldaten.

AKK erklärt: "In dieser Zeit werden auch erste Kontakte zur zukünftigen Einheit, den sog. regionalen RSU-Kompanien, geknüpft – das sind die regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte in der Heimatregion.". Die RSU-Kompanien bestehen aus Reservisten. Bei ihnen sol-

len die Freiwilligen, nach ihrer kurzen aktiven Zeit, innerhalb von sechs Jahren mindestens fünf Monate einen Reservedienst ableisten. So der Plan des Verteidigungsministeriums.

Der Freiwilligendienst Heimatschutz ist der Versuch, dringend benötigen Nachwuchs zu gewinnen. Außerdem soll das jahrelang vernachlässigte Reservisten-Wesen der Bundeswehr gestärkt werden. Ein ehrgeiziges Unterfangen. Offen ist allerdings, ob das Pilotprojekt erfolgreich sein wird. Denn es hat gleich mehrere Schwächen. Interessierte können sich genauso gut für den bisherigen Freiwilligen Wehrdienst FWDL melden bspw. nur für sieben Monate. Dann wäre auch ein Auslandseinsatz über-haupt kein Thema. Dafür kämen Freiwillige erst in Frage, wenn sie bereits mehr als 12 Monate bei der Bundeswehr sind. Von den momentan rund 8.600 Freiwilligen sind nach Angaben des Verteidigungsministeriums ohnehin gerade einmal 34 im Auslandseinsatz. Das Argument, nur mit dem Freiwilligen Dienst Wachdienst könne ein Auslandseinsatz verhindert werden, ist also wenig überzeugend.

Doch damit nicht genug. Die Chancen, während der Dienstzeit heimatnah eingesetzt zu werden, sind bei dem bisherigen Freiwilligendienst offenbar besser als beim neuen Freiwilligen-Konzept. Denn der neue, angeblich heimatnahe Freiwilligendienst, ist nur bei der Streitkräftebasis SKB möglich – nicht aber bei Heer. Luftwaffe oder Marine. In der Streitkräftebasis findet die Grundausbildung bundesweit allerdings nur an elf Standorten statt. Die darauffolgende Spezialausbildung zum Wachsoldaten sogar nur in drei Kasernen. Ein Freiwilliger aus Hamburg zum Beispiel, der unbedingt heimatnah eingesetzt werden möchte, würden das erste halbe Jahr daher in Delmenhorst oder Hannover stationiert sein – nur dort hat die Streitkräftebasis in seiner Nähe eine Einheit, in der die militärische Grundausbildung möglich ist.

Aber auch nach der aktiven Zeit kann es Probleme geben. Denn es gibt bundesweit nur 30 Regionale Sicherungs- und Unterstützungskompanien für den Heimatschutz. Die Stärke dieser sogenannten RSU-Einheiten, die vor allem für den Objektschutz gedacht sind, beträgt auf dem Papier rund 120 Soldaten – in Praxis sind es allerdings oft weniger. Außerdem haben diese Reservisten-Kompanien in der Regel weiterhin keine eigenen Waffen und kein eigenes Gerät. Von

einer Vollausstattung mit G36-Sturmgewehren oder P8-Pistolen kann nicht die Rede sein - von eigenen Fahrzeugen ganz zu Schweigen. Diese würden bei Bedarf aus verfügbaren Beständen bereitgestellt oder zusätzlich angemietet. Kenner sprechen von einem Trauerspiel. Eine weitere Herausforderung ist, dass natürlich auch Reservisten, die als Wach- und Sicherungssoldaten eingesetzt werden, regelmäßig bestimmte Schießübungen erfüllen müssen - und zwar, wie die aktiven Soldaten, nach dem neuen Schießausbildungskonzept der Bundeswehr. Das aber ist sehr anspruchsvoll. Zu hören ist, dass daran viele Reservisten scheitern.

Ein anderes Problem: Übungen der regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien finden vier bis fünfmal im Jahr statt – meist über das Wochenende. Denn die Arbeitgeber sind nicht verpflichtet, Reservisten für solche Übungen freizustellen. Die Folge: Es kommt praktisch nie vor, dass eine Reservistenkompanie vollständig und geschlossen zu einer Übung ausrückt. In der Regel beträgt die Beteiligung zwischen 30 und 40 % - und das ist offenbar schon eine gute Beteiligung.

Der neue Freiwilligendienst Heimatschutz wird an diesen Dauerproblemen voraussichtlich wenig ändern. Die Bundeswehr spricht daher auch von einem Pilotprojekt. Sollten sich wirklich wie angestrebt jährlich 1.000 geeignete Freiwillige finden, dann gibt es für das Personal in den Grundausbildungs-Einheiten erst einmal erheblich mehr zu tun. Denn für das Projekt Heimatschutz sind keine zusätzlichen Ausbilder vorgesehen. Woher sollten sie angesichts der Personalnot auch kommen.

Als Fazit kann gesagt werden, dass dieses Pilotprojekt nicht nur an den realen Problemen scheitern wird, sondern auch an den eigens aufgestellten Strategien der Bundesregierung vorbei schrammt. Diese Wehrpflicht light ist kein geeigneter Beitrag zur Personalnot und gar Professionalisierung der Bundeswehr.

personeller Lösungsvorschlag II: allgemeine Dienstpflicht, sog. Gesellschaftsjahr

Müssen sich junge Leute in Zukunft nach dem Schulabschluss entscheiden, ob sie ein Jahr zur Bundeswehr gehen oder Zivildienst machen? Wenn es nach CDU-Chefin und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer geht, soll es eine allgemeine Dienstpflicht geben. Die CDU diskutierte am 28.11.2019 über die mögliche Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht bei der Bundeswehr, in sozialen Einrichtungen wie der Pflege oder bei der Feuerwehr.

Seit 2011 müssen junge Männer nach ihrer Schulzeit nicht mehr verpflichtend für die Bundeswehr oder zivile Einrichtungen tätig sein. Um die Folgen der Aussetzung des Zivildienstes abzufedern, wurde der Bundesfreiwilligendienst eingeführt. Dieser dauert in der Regel zwölf Monate und zählt nach Angaben des Bundesjugendministeriums zur Zeit jährlich mehr als 40 000 Absolventen, darunter nicht nur Jugendliche. Je nach Einsatzstelle bekommen die Freiwilligen ein Taschengeld, dessen Höchstgrenze derzeit bei 402 Euro pro Monat liegt. Neben dem Bundesfreiwilligendienst gibt es auch andere Angebote, wie beispielsweise ein freiwilliges soziales Jahr (FSJ).

Was bislang freiwillig ist, soll für alle verpflichtend werden. Junge Frauen, Männer und Diverse sollen nach der Schule ein Jahr lang gemeinnützig arbeiten und sich so in die Gesellschaft einbringen. Die Tätigkeit könnte im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich sein. Auch ein Engagement in der Bundeswehr wäre denkbar.

Befürworter wie die CDU-Vorsitzende und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer erhoffen sich davon eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Letztlich gehe es um die Bindung des Bürgers an den Staat, sagte sie zum Auftakt des sogenannten CDU-Werkstattgesprächs zur allgemeinen Dienstpflicht. Angesichts der wachsenden Zahl der Populisten müsse man sich auch die Frage stellen: "Gibt es überhaupt noch einen Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält?"

Kritiker wie der FDP-Chef Christian Lindner argumentieren, der Staat dürfe nicht als Vormund auftreten und ein ganzes Lebensjahr junger Menschen verstaatlichen. Eine Dienstpflicht wäre zudem "volkswirtschaftliche Ressourcenverschwendung angesichts von Fachkräftemangel und demografischem Wandel". Andere Gegner eines verpflichtenden Jahres befürchten, junge Menschen würden unter dem Vorwand des gesellschaftlichen Engagements als billige Arbeitskräfte missbraucht.

Zudem: Um mehr sozialen Zusammenhang zu fördern und auch wieder das Bewusstsein an Solidarität zu erwecken, ist diese allgemeine Dienstpflicht allerdings nicht geeignet. Es müssen vielmehr die vorhandenen Freiwilligendienste massiv ausgebaut und finanziell besser ausgestattet werden. Es ist ebenfalls vor der Hoffnung und Glauben der Konservativen zu warnen, dass diese allgemeine Dienstpflicht den Pflegenotstand in Deutschland beheben kann. Es gibt keinen Mangel an Hilfspersonal, sondern ein Mangel an Fachpersonal. Außerdem würde diese Dienstpflicht nicht die erhoffte Entlastung in Bundeswehr und sozialen Berufen leisten können, denn der Ausbildungsaufwand wäre zu groß. Allein in der Feuerwehr würde die Ausbildung ohne Vorkenntnisse mindestens ein halbes Jahr dauern, sodass der Einfluss auf dieses Berufsbild zu gering wäre.

Doch wie wahrscheinlich ist, dass eine allgemeine Dienstpflicht tatsächlich kommt? Eher unwahrscheinlich. Dafür müsste das Grundgesetz geändert werden, denn in Art. 12 II GG steht: "Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht". Und die für die Änderung nötige Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat ist derzeit nicht in Sicht.

personeller Lösungsvorschlag III: Wiedereinführung der Wehrpflicht

Ein weiterer Lösungsvorschlag lässt ein altes Gespenst der Konservativen aus der Mottenkiste entsteigen. Die neue Wehrbeauftragte des Bundes Eva Högl möchte die Wehrpflicht wieder einführen, um Rechtsextremismus bei der Bundeswehr zu bekämpfen. Für ihren sonderbaren Vorschlag erhält die SPD-Politikerin allein Applaus von der AfD.

Auf den ersten Blick mag es für den "Normalbürger" einleuchtend klingen. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht vor fast genau neun Jahren ist die Bundeswehr zu einer Berufsarmee geworden. Naturgemäß rekrutiert sich ihr Personal nun aus Freiwilligen mit einem größeren militärischen Interesse. Waffen, strenge Hierarchien, der Gehorsam in einer nationalstaatlichen Armee, so scheint es, könnte auch verstärkt Personen mit einer gewissen Nähe zum Rechtsextremismus anlocken. Zu Zeiten der Wehrpflicht hingegen wurde stets eine buntere Schnittmenge der Gesellschaft der Bundeswehr zugeführt. Und dadurch, dass auch Menschen ohne verteidigungspolitisch-militärische Begeisterung zum Dienst gezwungen wurden, scheint es damals auch weniger Rechtsextreme in der Truppe gegeben zu haben. Aber ist das wirklich so?

Ausgeblendet wird bei aller Kritik aber gern, dass die Bundesregierung den Etat für Wehrpflichtige zuletzt stetig verkleinerte und die Kreiswehrersatzämter in der Folge immer weniger Menschen zum Dienst heranzogen. Warum der eine eingezogen wurde, der andere aber nicht, wurde dadurch immer schlechter nachvollziehbar. Eine der obersten Grundsätze der Wehrpflicht, die Wehrgerechtigkeit, verwandelte sich zunehmend in Willkür, und es schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis ein Gericht die Wehrpflicht kippen würde. Zudem gab es seit dem Ende des Kalten Krieges wenig Hinweise darauf, dass sich die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik grundlegend verschlechterte - was ein kompromissloses Festhalten am Wehrdienst gerechtfertigt hätte.

So wie damals sind auch aktuell die Argumente wenig eindeutig. Mit welcher Begründung soll jungen Menschen die Entscheidungshoheit über die Gestaltung eines erheblichen Teils ihrer Lebenszeit entzogen werden? Die Bekämpfung von Rechtsextremismus in der Armee ist sicherlich ein edles Ziel. Aber lässt sich das mit Zwangsrekrutierung erreichen? Angenommen, die Lebenswelt Bundeswehr hat tatsächlich ein Extremismus-Problem - ist es dann die richtige Strategie, diese Lebenswelt mit "normalen" Menschen zu fluten? Dass einzelne Soldaten von einem Putsch träumen, Nazi-Devotionalien sammeln oder der Wehrmacht hinterhertrauern, dürfte sich dadurch nicht ändern. Ein Effekt wäre aber, dass diese Fälle im Vergleich zur größeren Masse der Rekruten kleiner erschienen. Man könnte es auch als statistische Schönfärberei bezeichnen. Hinzu kommt: Es gibt wohl nur wenige Bereiche der Truppe, die so weit davon entfernt sind, mit Rekruten bestückt zu werden, wie die Eliteeinheit KSK, an der sich die aktuelle Diskussion entzündet hat.

Uneingeschränkte Zustimmung erhält Högl einzig von der AfD-Fraktion, das allein schon ein Zeichen einer schlechten Idee ist. Deren verteidigungspolitischer Sprecher, Rüdiger Lucassen, lobt die Idee als "ersten sinnvollen Vorschlag der SPD zur Bundeswehr seit vielen Jahren" und verweist auf das Beispiel Schweden, wo die Wiedereinführung der Wehrpflicht

geglückt sei.

Tatsächlich hat auch das nordeuropäische Land 2010 die Wehrpflicht ausgesetzt und rund sieben Jahre später wieder eingeführt. Die Beweggründe dort waren jedoch grundlegend andere als in Deutschland. Schon während des Kalten Krieges entwickelte sich in Schweden eine ausgeprägte Angst vor einer Invasion aus dem Osten. Immer wieder drangen sowjetische U-Boote in schwedische Hoheitsgewässer ein und verstärkten die Befürchtungen. Wirklich entspannt hat sich das Verhältnis Schwedens zu Russland auch nach 1990 nicht. Nach dem Beginn des Ukraine-Konfliktes bewertete Stockholm die sicherheitspolitische Lage grundlegend neu. 2013 trainierte die russische Luftwaffe dann Bombenabwürfe in der Ostsee in der Nähe schwedischer Gewässer. 2017 verschickte die schwedische Regierung Broschüren an die Bürger, in denen sie erklärte, welche Vorräte für den Kriegsfall angelegt werden sollten, wo sich Luftschutzbunker befinden und wie Fliegeralarm klingt. Schweden hat erhebliche sicherheitspolitische Bedenken, rüstet auf und erhöht seine Truppenstärke - auch mit der Wehrpflicht. Wer dort verweigern will, kann das aus Gewissensgründen tun und muss dann auch keinen Ersatzdienst leisten.

Die Debatte in Deutschland dreht sich aber nicht darum, die Wehrpflicht zu ihrem eigentlichen Zweck wieder einzuführen - der Stärkung des Militärs aufgrund von sicherheitspolitischen Bedenken. Hierzulande soll der Zwang andere Probleme lösen, etwa extremistische Umtriebe verhindern oder im Fall von Kramp-Karrenbauers Idee einer Dienstpflicht staatsbürgerliches Bewusstsein schärfen oder gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Es ist aber zweifelhaft, ob das Werkzeug Wehrpflicht dazu überhaupt geeignet ist. Und für einen entsprechenden Versuch wäre der Aufwand gigantisch.

Eine Wiedereinführung würde innerhalb der Bundeswehr zu mehr Problemen statt zur Lösung alter Probleme führen. Einerseits müssten auf die Schnelle neue Ausbilder gefunden, andererseits ist die Bundeswehr von den Kapazitäten nicht mehr in der Lage, Wehrpflichtige unterzubekommen. Der neuerliche Ankauf alter Kasernen würde den Haushalt zudem massiv belasten. Auch kann ein Einsatz im Rahmen dieser Pflicht in seiner konkreten Ausgestaltung den Wehrpflichtigen in seiner Menschenwürde, Art. 11 GG, verletzen.

Fazit: Bundeswehr in der Krise – aber verpflichtende Personallösungen sollten kein Teil der Strategie sein

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 wurde der Grundstein einer Berufsarmee und einer Professionalisierung der Bundeswehr gelegt. Damit soll nach dem Weißbuch 2016 auch die Landesund Bündnisverteidigung gestärkt werden, auch im Cyber-Bereich. Alle bisherigen Personalvorschläge gehen dabei allerdings in eine andere Richtung: Alle sehen einen Zwang zu einer bestimmten Arbeit, bei der die Bundeswehr profitieren soll, innerhalb einer kurzen Zeit voraus. Diese sind im Hinblick auf den eingeschlagenen Weg der Berufsarmee allesamt nicht geeignet, die Probleme der Bundeswehr zu lösen. Es spricht auch Bände, warum meistens die Union diese Vorschläge bringt.

Um dennoch eine schlagfertige, mo-

derne Armee zu unterhalten und die dringend nötige Übernahme von mehr außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung der Bundesregierung zu ermöglichen, wären aus meiner Sicht zwei Vorgehensweisen sinnvoll:

- 1) Die Bundesregierung muss eine verstärkte Kooperation und Organisation gegenseitiger Abhängigkeit europäischer Streitkräfte anstreben. Die Bundeswehr braucht seine europäische Partner, wenn sie ihren Auftrag und Strategien aus dem Weißbuch 2016 ausführen will - allein ist sie dazu überhaupt nicht in der Lage. Eine Möglichkeit wäre eine verschiedener Zusammenlegung Truppenteile mit den Nachbarn oder EU-/NATO-Partner. So wären diese gemeinsam stärker und können sogar länger in den Einsatz gehen. So wird auch die Europäisierung vorangetrieben, die es für die Bündnisverteidigung braucht. Natürlich muss dabei die Führung dieser zusammengelegten Teile geklärt werden.
- 2) Um in höchster Qualität einsatzbereit zu bleiben, muss eine "Rüstung nach innen" stattfinden. Unsere Streitkräfte benötigen dringend neue Fahrzeuge, Flugzeuge etc. Dabei kann die Rüstungsindustrie Abhilfe leisten. Rüstung ist deshalb ein Teil des "Gesamtsystems Militär". Ohne diese Neurüstung, wirtschaftlich auch "Ersatzinvestitionen" genannt, ist die Bundeswehr nicht mal mehr einsatzbereit. Ausdrücklich sind aber bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr schon aus moralischen Gründen abzulehnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, unser nächstes Distriktstreffen ist am

24. November, 20.00 Uhr, Lesecafé im Altstadtmarkt

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand Monika Fath-Kelling

Liebe Genossinnen und Genossen, unser nächstes Distriktstreffen ist am

18. November, 19.00 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung: wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand Christian Maurer

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling Telefon: 897065 kellingmo@nefkom.net

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:

Christian Maurer christian 2401@t-online.de

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter Telefon: 601924 rolfschowalter@t-online.de Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 10.11.2020, 19.00 Uhr Ort: Schlossgaststätte

Protokoll der Distrikt-Versammlung vom 13.10.2020 in Tennenlohe

Top 1: Bericht aus dem Ortsbeirat

Rolf berichtet aus dem Ortsbeirat: die konstituierende Sitzung hat unter Corona-Bedingungen stattgefunden im kleinen Zuhörerkreis in der Schlossgaststätte. Der Zusammenstellung der unerledigten Themen und Anträge aus der Periode 2014 - 2020 wurden übergeben. Die GBR "Miterlebt" stellte ihr Projekt des generationenübergreifenden Wohnens vor. Die Auswirkungen der Ortsumgehung Eltersdorf auf Tennenlohe kamen zur Sprache, wobei der Ortsbeirat vor Ende der Einspruchsfrist Einwendungen geltend gemacht und Forderungen erhoben hatte (Beibehaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung, Sicherung der Fußgängerübergänge etc.). Bei den Informationen über das Glasfasernetz besteht weiterer Informationsbedarf. Die Situation der Spielplätze wurde diskutiert, besonders die angekündigten Abbaumaßnahme am Tagesordnung:

- 1) Aktuelles
- 2) Thema wird noch festgelegt.
- 3) Verschiedenes

Für den Vorstand Rolf Schowalter

Weitere Ankündigung: Distriktversammlung im Dezember: 08.12., Gansessen: 22.11.

Spielplatz Vogelherd. etc.

Top 2: Aktuelles

Die aktuelle Situation des Projektes Gemeinschaftshaus Tennenlohe des Vereins Koko&Lore wurde angesprochen. Der Finanzbedarf und der Antrag an die Fraktion wurden diskutiert, ebenso die Unterstützung des Kunstprojekts "Fährmann" und die Pläne des Kunstkreises. Hier soll demnächst ein Runder Tisch bei Frau Reimann stattfinden.

Top 3: Vortrag von Niklas Hauer über seine interessanten Untersuchungen zum BUND.

Darüber wird er einen eigenen Artikel im Monatsspiegel schreiben, auf den hier an dieser Stelle verwiesen werden kann.

Top 4: Verschiedenes

Vorüberlegungen zur nächsten Ausgabe des Tennenloher Boten (Nr. 103). Anmeldungen für das Gansessen, so es denn in kleinerem Rahmen stattfinden kann Rolf Schowalter

Distrikt West

Vorsitzender:

Katrin Hurle katrin9290@googlemail.com Felizitas Traub-Eichhorn Liebe Genossinnen und Genossen, Unsere nächste Distriktsitzung findet

am Mittwoch, den 25.11. um 20 Uhr

statt. Wenn es die Umstände erlauben, treffen wir uns im Güthlein (Dorfstraße 14, Büchenbach) unter Beachtung der üblichen Abstands- und Hygieneregeln.

Treffen des Distrikts West am 30.9.2020 im Gasthof Güthlein

Im ersten Treffen nach der Sommerpause bekunden immerhin 18 Genoss*innen ihr Interesse an dem Vortrag von Frank

Bei einer weiteren Verschärfung der Pandemielage werden wir auf ein digitales Format ausweichen.

Das Schwerpunktthema steht noch nicht fest, wird aber - ebenso wie die Details zum Ablauf der Sitzung - vorher noch per Mailverteiler bekannt gegeben.

Solidarische Grüße, Felizitas Traub-Eichhorn und Katrin Hurle

Steigner, der das seit letztem Jahr laufende und durch die Fernsehlotterie finanzierte AWO-Stadtteilprojekt "Büchenbach - lebenswert auch im Alter" vorstellt. Als gelernter Sozialpädago-

ge, in Büchenbach aufgewachsen und seit vielen Jahren Mitarbeiter der AWO kennt Frank Steigner die Situation im Stadtteil sehr genau und ist als Projektkoordinator bestens geeignet.

Ziel seiner Arbeit ist die Verbesserung der Lebenssituation von älteren Menschen in Büchenbach. Dazu möchte Frank Steigner eine für alle offene Anlaufstelle schaffen in Form eines Stadtteilcafes, das im AWO-Sozialzentrum entstehen soll und gleichzeitig auch als städtischer Stützpunkt dient für das ISSEK - Projekt "Soziale Stadt". Sobald der AWO-Ortsverband seine Zustimmung gibt zur Nutzung des Raumes, können die nötigen Umbaumaßnahmen starten. Neben Vernetzungsarbeit hat Frank Steigner mit einem Team von

Ehrenamtlichen auch schon zwei Exemplare der Stadtteilzeitung "Umschau - Büchenbach I(i)ebenswert" herausgebracht. Diese liegt kostenlos aus in Einrichtungen des Stadtteils.

Weitere heftig diskutierte Themen sind der Neubau der Sparkasse in Alterlangen, der in der Sitzung des Stadtteilbeirates hohe Wellen warf. Darüber berichten Katrin Hurle und Winfried Stein. Zudem ist es das Neubauprojekt von Liebe in der Büchenbacher Anlage. Zu beiden Themen wird Philipp Dees, unser Planungssprecher der Fraktion, befragt. Die Genoss*innen monieren, dass es dazu momentan keine öffentlich verwertbaren Infos gebe.

Felizitas Traub-Eichhorn

AG 60 plus - Kreisverband Erlangen Einladung zur Mitgliederversammlung am

11.11. 2020, 15.00 Uhr in Erlangen, Thalermühle, Nebenraum

Liebe Genossin, lieber Genosse! Wir dürfen uns nach langer Pause wieder unter Beachtung der Abstands-, Hygieneregeln und mit Alltagsmasken treffen! Da die Abstandsregeln im Besprechungszimmer im ABH nicht eingehalten werden können, treffen wir und im Nebenraum der Thalermühle, Erlangen Thalermühle 1

Wir laden Dich herzlich zu unserer Mitgliederversammlung ein.

Am Mittwoch, den 11.November 2020,

15:00 Uhr in der Thalermühle Tagesordnung

- Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
- 2. Aktuelles
- 3. Referat von Jürgen Jansen" Nachbarschaftshilfe von Senioren für Senioren die HerzoHeinzelmännchen", siehe unten.
- 4. Gründung einer Gruppe "Oma gegen rechts"
- 5. Verschiedenes

Wir wollen die Arbeit der letzten Jahre fortsetzen. Dafür brauchen wir Dich!! Vielleicht hast Du ja Lust, mitzumachen. Uns würde Dein Kommen freuen und unser derzeit kleines Häuflein Aktiver könnte auch eine Auffrischung gut gebrauchen. Ich grüße im Namen des Vorstands.

Hartmut Wiechert

AG 6oplus Vorsitzender: Hartmut Wiech

Hartmut Wiechert Telefon: 991232 Hartmut.Wiechert@t-online.de

AG 60 plus - Kreisverband Erlangen Protokoll der Mitgliederversammlung am 16. September 2020 im August-Bebel-Haus

Am Beginn unseres Treffens werden wir von Christian auf die Corona Regelungen hingewiesen, sprich Masken ordentlich aufsetzen, Hände desinfizieren, 1x Kugelschreiber benutzen.

Top 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Top 2: Aktuelles

Hem berichtet vom Landesparteitag via Internet am Samstag 12.09.20, von dessen Ausführung Philipp und Munib angetan waren. Nimmt man jedoch als "normales" Parteimitglied statt als Delegierte* teil, kann man eine solche Veranstaltung nicht richtig mitverfolgen und Langeweile kommt auf. In einem Antrag waren 3 Leitanträge. Bei der Diskussion über die Anträge gab es Ergänzungs- und Änderungsanträge: Die nur zuhörenden Teilnehmer konnten dies

Arbeitsgemeinschaften

nicht mitverfolgen, da die Anträge ihnen nicht vorlagen.

Unserer KMV sollten die Anträge, die die Delegierten bekommen, auch den Parteimitgliedern zugänglich gemacht oder im Monatsspiegel veröffentlicht werden. Die Partei muß mehr darüber erfahren, was im Hintergrund läuft. Monika bestätigt Hems Bericht und ergänzt, dass Anträge etc. vor einer Veranstaltung per Internet den Mitgliedern zugänglich zu machen sind, damit sie im Vorfeld besprochen werden können.

Top 3: Referat von Jürgen Jansen "Nachbarschaftshilfe von Senioren für Senioren, die Heinzelmännchen"

wird verschoben wegen Reha des Referenten

Top 4: "Initiativantrag: Bessere Unterstützung der Distrikte durch SPD Veranstaltungen vor Ort"

Der Initiativantrag von AG60plus "Maßnahmen zur Unterstützung schwächelnder Distrikte" wird 1-stimmig angenommen und soll im nächsten Monatsspiegel veröffentlicht und der nächsten KMV zum Beschluß vorgelegt werden.

Top 5: Gründung einer Gruppe "Oma gegen rechts"

Frage: Wollen wir eine solche Gruppe in Erlangen gründen? Ruth sagt, dass eine solche Gruppe parteiübergreifend und nicht von einer Partei gegründet werden sollte. Bei unserem nächsten Treffen wird Ruth über ihr demnächst stattfindendes Gespräch mit Jutta Shaikh und Anna Ohnweiler berichten.

Top 6: Verschiedenes

Hem versuchte zu erfahren, wie aktiv die 60+ Generation ist. Im Stadtteilbei-

rat gab es in den letzten Jahren keine Meldungen von Senioren bezüglich fehlender Themen. Notwendigkeiten für Senioren werden nicht gesehen.

Diskussion über die Kommunalwahl in NRW. Frage: Warum verliert die SPD immer mehr an Stimmen? Können wir als AG60plus etwas dagegen tun? Mitglieder fragen, warum sie noch in der SPD sind? Wir schreiben seit 140 Jahre Geschichte, was ein großer Vorteil der SPD ist. Aber die SPD spricht nicht mehr die Sprache der Arbeiter. Und: Es gibt Koalitionsvereinbarungen, die die Koalition gefährden könnten, falls sie durchgesetzt werden.

Hem: Durch Anträge, die weitergereicht werden und dann zum Vorstand der SPD gelangen, bestünde die Möglichkeit, etwas zu erreichen.

Das Bürgerhaus Kriegenbrunn wurde an die Kriegenbrunner Bürger übergeben. Die offizielle Übergabe fiel Corona bedingt aus. Das Gebäude ist zweigeteilt. Ein Teilgebäude nutzt die Feuerwehr. Im zweiten befinden sich Räume, die von Kriegenbrunner Bürgern, dem Ortsbeirat und Vereinen genutzt werden können, im ersten Stock gibt es einen Saal, der für 150 Personen ausgelegt ist und eine Küche. Räume und Saal können über die Stadt angemietet werden.

Hartmut wird bei der nächsten AG-60 plus-Vorstandswahl nicht mehr kandidieren. Renate erhält von Hartmut einen Stick mit seiner AG60 plus-Ablage. Die Verteilerlisten wird er weitergeben. Diskussion über "Divers", "Gender".

Nächste Termine AG60plus:

Mittwoch, 11. November 2020, 15:00 Uhr, Erlangen, Thalermühle (coronabedingt) Mittwoch, 16. Dezember 2020, 15:00 Uhr, August-Bebel-Haus, Jahresabschlußfeier.

Protokollführerin: Renate Schmidt

Liebe Jusos,

an folgenden Tagen treffen wir uns als Jusus und bereden folgende Themen:

- 10.11.: Asyl- und Migrationspolitik
- 24.11.: Bodenpolitik

Vorbehaltlich der dynamischen und immer weiter steigenden Infektionslage treffen wir uns zu beiden Terminen in der AWO (Allee am Röthelheimpark 60, 91052 Erlangen) in Präsenz. Bitte beachtet das Hygeniekonzept und habt immer

eine Mund-Nase-Bedeckung griffbereit. Bitte meldet euch auch zuvor bei Felix oder Sophia an, wenn ihr teilnehmen wollt, wir haben begrenzt Platz! Nähreres geben wir natürlich über unseren Mailverteiler sowie über Slack bekannt. Für unsere Sitzungen hoffen wir trotz der immer angespannteren Lage wie immer auf eine rege Beteiligung sowie Diskussion.

Euer Vorstand

Jusos Vorsitzende:

Felix Klingert Sophia Waldmann